

Bezirksregierung Köln

**Regionalrat des
Regierungsbezirks Köln**



5. Sitzungsperiode

Drucksache Nr. VK 14/2021

Sitzungsvorlage

**für die 2. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des
Regierungsbezirks Köln
am 27. August 2021**

TOP 7

**b) Gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE.
/Volt und Bündnis 90 / Die Grünen vom
vom 11.08.2021
Resolution zur Weiterleitung an die
Bundesregierung bezüglich einer Alternative
zum achtspurigen Ausbau der A3 zwischen der
Anschlussstelle Leverkusen Opladen und dem
Autobahnkreuz Hilden**

Rechtsgrundlage: § 10 der Geschäftsordnung des Regionalrates Köln (GO)

Inhalt: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE. / Volt und Bündnis 90 / Die Grünen vom 11.08.2021

Drucksache Nr. VK 14/2021	
TOP 7	Seite
b) Gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE. / Volt und Bündnis 90 / Die Grünen vom 11.08.2021	2

Beschlussvorschlag:

Die Verkehrskommission des Regionalrates Köln spricht sich dafür aus, dass der Regional-rat Köln eine Resolution zum achtspurigen Ausbau der A3 zwischen Anschlussstelle Leverkusen Opladen und dem Autobahnkreuz Hilden an die Bundesregierung zu richtet, die statt einem achtspurigen Ausbau eine Nutzung der Standstreifen und verbesserten Lärmschutz fordert.

Der Regionalrat Köln fordert die Bunderegierung auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, den Bundesverkehrswegeplan hinsichtlich des achtspurigen Ausbaus der A3 zwischen der Anschlussstelle Leverkusen Opladen und dem Autobahnkreuz Hilden zu ändern, so dass als Alternative zum geplanten Ausbau eine dauerhafte Nutzung der beiden Standstreifen mit verkehrsabhängiger temporärer Freigabe der Standstreifen als vierte Fahrbahn ermöglicht wird. Gleichzeitig soll der Lärmschutz auf der gesamten Strecke ausgebaut werden.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass das Ausbauprojekt, welches vor fünf Jahren noch ungeteilte Zustimmung der betroffenen Kommunen fand, zwischenzeitlich umstritten ist, da nicht nur der Kosten-Nutzeneffekt, sondern auch weitere Argumente herangezogen wurden, die die oben beschriebene Alternativlösung als Vorzugsvariante begreifen.

Die Städte Hilden, Langenfeld, Solingen, Leichlingen, Leverkusen sowie der Kreis Mettmann sprechen sich wie Umweltverbände und Bürgerinitiativen gegen den Ausbau und für die Standstreifenlösung aus und sind dabei Verbündete aus Berlin an ihre Seite zu stellen.

In Zeiten von erforderlicher Verkehrswende und verschärftem Klimawandel ist ein Umdenken gefordert, das Umweltressourcen (hier Natur- und Landschaftsschutzgebiete entlang der Autobahn) schont und trotzdem zu gewünschten Ergebnissen kommt.

Drucksache Nr. VK 14/2021	
TOP 7	Seite
b) Gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE. / Volt und Bündnis 90 / Die Grünen vom 11.08.2021	3

DIE LINKE./Volt im Regionalrat Köln

Fraktion DIE LINKE. / Volt im Regionalrat Köln

Zeughausstraße 2-10 | Zimmer H 454, 50667 Köln
E-Mail: fraktion@linke-volt-regionalrat.koeln

www.linke-volt-regionalrat.koeln



Zeughausstraße 2-10 | Zimmer H 455, 50667 Köln
gruene.regionalrat-koeln@gmx.de

Tel: 0177 7473808 oder 0172 6431213
www.gruene-regionalrat-koeln.de

DIE LINKE. / Volt RR | Zeughausstr. 2-10, H 454, 50667 Köln

An den Vorsitzenden der Verkehrskommission des Regionalrats Köln

Köln, den 11.08.2021

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE. / Volt und Bündnis 90 / Die Grünen zur Sitzung der Verkehrskommission am 27.08.2021

Resolution zur Weiterleitung an die Bundesregierung bezüglich einer Alternative zum achtspurigen Ausbau der A3 zwischen der Anschlussstelle Leverkusen Opladen und dem Autobahnkreuz Hilden

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hebbel,

wir bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der Kommissionssitzung am 27.08.2021 aufzunehmen:

Resolution zur Weiterleitung an die Bundesregierung

Der Regionalrat Köln fordert die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, den Bundesverkehrswegeplan hinsichtlich des achtspurigen Ausbaus der A3 zwischen der Anschlussstelle Leverkusen Opladen und dem Autobahnkreuz Hilden zu ändern, so dass als Alternative zum geplanten Ausbau eine dauerhafte Nutzung der beiden Standstreifen mit verkehrabhängiger temporärer Freigabe der Standstreifen als vierte Fahrbahn ermöglicht wird. Gleichzeitig soll der Lärmschutz auf der gesamten Strecke ausgebaut werden.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass das Ausbauprojekt, welches vor fünf Jahren noch ungeteilte Zustimmung der betroffenen Kommunen fand, zwischenzeitlich umstritten ist, da nicht nur der Kosten-Nutzeneffekt, sondern auch weitere Argumente herangezogen wurden, die die oben beschriebene Alternativlösung als Vorzugsvariante begreifen.

Drucksache Nr. VK 14/2021	
TOP 7	Seite
b) Gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE. / Volt und Bündnis 90 / Die Grünen vom 11.08.2021	4

Seite 2

Die Städte Hilden, Langenfeld, Solingen, Leichlingen, Leverkusen sowie der Kreis Mettmann sprechen sich ebenso wie Umweltverbände und Bürgerinitiativen gegen den Ausbau und für die Standstreifenlösung aus und sind dabei Verbündete aus Berlin an ihre Seite zu stellen.

In Zeiten von erforderlicher Verkehrswende und verschärftem Klimawandel, ist ein Umdenken gefordert, das Umweltressourcen (hier Natur- und Landschaftsschutzgebiete entlang der Autobahn) schont und trotzdem zu gewünschten Ergebnissen kommt.

Erprobtes Konzept in NRW

Auf derzeit vier Streckenabschnitten in NRW wird durch temporäre Seitenstreifenfreigabe bereits bedarfsabhängig ein zusätzlicher Fahrstreifen für den fließenden Verkehr zur Verfügung gestellt.

- A4 östlich von Köln (Gesamtlänge 2 km)
- A57 nördlich von Köln (Gesamtlänge 1,9 km)
- A45 bei Hagen (Gesamtlänge 5,3 km)
- A3 zwischen Hilden und Mettmann (Gesamtlänge 15,4 km) Weitere Anlagen zur zeitweisen Freigabe von Seitenstreifen sollen folgen, zum Beispiel auf der A3 zwischen Mettmann und Ratingen-Ost und der A52 bei Mönchengladbach-Nord

Der Antrag auf temporäre Freigabe der beiden Standstreifen zwischen Hilden Leverkusen Opladen wurde von den genannten Kommunen bereits gestellt und befindet sich in der Prüfung. Es sollte möglich sein, dies zu einer dauerhaften Lösung werden zu lassen. Dies würde neben der Umwelt auch die zu verwendenden Steuergelder schonen und einen finanziellen Spielraum für einen umfassenden Lärmschutz bieten.

Drucksache Nr. VK 14/2021	
TOP 7	Seite
b) Gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE. / Volt und Bündnis 90 / Die Grünen vom 11.08.2021	5

Seite 3

Beschlussvorlage:

Die Verkehrskommission des Regionalrates Köln spricht sich dafür aus, dass der Regionalrat Köln eine Resolution zum achtspurigen Ausbau der A3 zwischen Anschlussstelle Leverkusen Opladen und dem Autobahnkreuz Hilden an die Bundesregierung zu richtet, die statt einem achtspurigen Ausbau eine Nutzung der Standstreifen und verbesserten Lärmschutz fordert.

Der Regionalrat Köln fordert die Bunderegierung auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, den Bundesverkehrswegeplan hinsichtlich des achtspurigen Ausbaus der A3 zwischen der Anschlussstelle Leverkusen Opladen und dem Autobahnkreuz Hilden zu ändern, so dass als Alternative zum geplanten Ausbau eine dauerhafte Nutzung der beiden Standstreifen mit verkehrsabhängiger temporärer Freigabe der Standstreifen als vierte Fahrbahn ermöglicht wird. Gleichzeitig soll der Lärmschutz auf der gesamten Strecke ausgebaut werden.

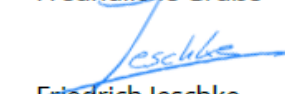
Die letzten Jahre haben gezeigt, dass das Ausbauprojekt, welches vor fünf Jahren noch ungeteilte Zustimmung der betroffenen Kommunen fand, zwischenzeitlich umstritten ist, da nicht nur der Kosten-Nutzeneffekt, sondern auch weitere Argumente herangezogen wurden, die die oben beschriebene Alternativlösung als Vorzugsvariante begreifen.

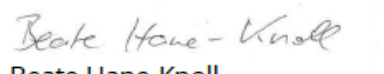
Die Städte Hilden, Langenfeld, Solingen, Leichlingen, Leverkusen sowie der Kreis Mettmann sprechen sich wie Umweltverbände und Bürgerinitiativen gegen den Ausbau und für die Standstreifenlösung aus und sind dabei Verbündete aus Berlin an ihre Seite zu stellen.


In Zeiten von erforderlicher Verkehrswende und verschärftem Klimawandel ist ein Umdenken gefordert, das Umweltressourcen (hier Natur- und Landschaftsschutzgebiete entlang der Autobahn) schont und trotzdem zu gewünschten Ergebnissen kommt.

Textlichen Änderungen stehen die antragsstellenden Fraktionen offen gegenüber und laden alle Fraktionen ein, sich hier zu beteiligen.

Freundliche Grüße


 Friedrich Jeschke
 Fraktionsvorsitzender
 DIE LINKE. / Volt


 Beate Hane-Knoll
 stellvertretende Fraktionsvorsitzende
 DIE LINKE. / Volt


 Rolf Beu
 Fraktionsvorsitzender
 Bündnis 90 / Die Grünen